

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 6

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einsame Buren

stehen sich selbst im Weg
wollen es nicht einsehen
geben andern die Schuld

Südafrikas Buren merken langsam, dass sie mit der Apartheid allein stehen. Eric Louw, Aussenminister der Regierung Verwoerd (siehe Curriculum S. 4), fand bittere Worte in einer Debatte über «antisüdafrikanische Umtriebe im Ausland». Macmillans Worte, sagte er (siehe «Der klare Blick», 17. Februar), hätten es schwer gemacht, irgendwo noch Verständnis für ihre Einstellung zu finden.

Die Einstellung aber blieb unverändert. Ein Afrikaner darf nach 50 Jahren Aufenthalt an seinem Geburtsort seinen Wohnsitz nicht wechseln, ohne jedes Rückkehrrecht zu verlieren.

Erhält er auch die Erlaubnis, nach Unterbruch an seinen Geburtsort zurückzukehren, so darf er selbst nach 14 Jahren Aufenthalt und 9 Jahren unterbrochener Arbeit am gleichen Ort seine nicht vom Ort gebürtige Frau nicht bei sich haben.

In einem für Afrikaner reservierten Gebiet darf er das. Dafür darf jeder Polizist ohne Befehl, nach eigenem Ermessen, zu jeder Tages- und Nachtstunde jedes Wohnquartier betreten und durchsuchen und die Bewohner zu Verhören mitzunehmen.

Die Debatte über «anti-südafrikanische Umtriebe im Ausland» trägt den falschen Namen; es sind «anti-südafrikanische Umtriebe» im Inland. Von der Regierung selbst gefördert.

AUCH MOSKAU IST NICHT GANZ FREI

Ministerpräsident Chruschtschew hat Burma, Indien und Indonesien besucht und dabei eine der höchsten Ausgaben der Sowjetunion für Entwicklungshilfe erreicht: 755 Millionen US-Dollar in wenigen Wochen: Nach 140 000 000 Rubel an Guinea (Wechselkurs 1:4) und 100 Millionen Dollar an Kuba, nun 1 500 000 000 Rubel an Indien und 250 Millionen Dollar an Indonesien. Zwar ist eine Summenschätzung der sowjetischen Auslandshilfe schwer. Doch kann man als bisheriges Maximum die Totalkredite von 1 Milliarde Dollar an 10 Länder 1958 annehmen. Die jetzige Leistung liegt in weniger Zeit fast ebenso hoch.

Ueber die Gründe wird geweist:

1. Chruschtschew flickt Rotchinas Scherben zusammen — kaum. Der Ausgabenrhythmus ist auch ausserhalb Asiens der selbe.
2. Grossoffensive, um moralische Unterstützung der Entwick-

lungsländer an das Gipfeltreffen zu bringen — spielt sicher mit. 3. Die Sowjetunion kann nicht anders. Dieser Grund scheint eine nähere Analyse wert zu sein. Die Entwicklungshilfe der freien Welt verbessert sich. In letzter Zeit dringen Erkenntnisse durch, deren einsame Verfechter noch vor einem Jahr Rufer in der Wüste waren. Gleichzeitig wirft Moskau der eigenen KP Laxheit in der Abwehr bourgeois Ideologie vor (siehe «Der klare Blick», 3. Februar). Kapitalistische Methoden wie Inserat und Meinungsbefragung halten ihren Einzug in der Sowjetunion. Der sowjetische Käufer verlangt — und erhält — bessere Konsumgüter. Während die Liberalisierung im Inland anfänglichen Tropfenzähler schon längst davongelaufen

ist, steigen der Massenandrang von Neuseeländern mit lauten Hilfearsprüchen einerseits, und der Investierungsrhythmus der freien Wirtschaft andererseits, unheimlich schnell.

Früher konnten die Sowjets sich rühmen (Chruschtschew vorletzte Woche in Indien), «einen Rubel von Herzen zu geben, um Amerika als führenden Kapitalistenstaat zu zwingen, zwei zu geben».

Chruschtschew hat aber mit seiner hämmernden Wiederholung, die UdSSR sei heute stärker als die USA, in seinen eigenen Worten «Wind gesät und Sturm geerntet». Langsam kommt er nun in die Lage, da er für einen amerikanischen Dollar zwei geben muss, um seine Macht zu beweisen.

Es ist noch nicht so weit, dass die Sowjetunion solche Schwierigkeiten nicht meistern kann. Aber es könnte beim neuesten Ausgabenzirkus doch sein, dass sie, vom störenden Aussenseiter zur vollamtlichen Grossmacht befördert, Gesicht wahren und mitlaufen muss.

In Kuba fiel Mikojan durch seine Befürwortung einer Hilfe im Rahmen der Uno auf. Aus dem Mund der Uno-Verächter hat diese These einen Unterton von Müdigkeit des Alleingangs und Suche nach Teilung der Lasten.

Es könnte vielleicht schon am Gipfeltreffen so sein, dass Chruschtschew weniger treibt und vermehrt getrieben wird.

Platz für Kleinarbeit

Polen sammelt mit System Daten über Wissenschaft und Komekon koordiniert

Das Warschauer Zentrale Institut für wissenschaftlich-technische Dokumentation, dem 74 spezialisierte Zentren unterstellt sind, pflegt einen regelmässigen Austausch von Informationen über Fachpublikationen mit 800 Stellen in über 30 Ländern. Ferner tauscht es mit 27 ausländischen Institutionen Mikrofilme aus.

Das Komekon (siehe «Der klare Blick», 3. Februar 1960) bemüht sich laut «Trybuna Ludu» um eine Koordination der Dokumentationsbedienung im Ostblock.

Diese Dokumentation steht den interessierten Instituten und Fabriken zur Verfügung.

SOWJETBAUER: AUSWEIS ÜBER LOHN UND LEISTUNG

Die sowjetischen Kolchosbauern erhalten dieses Jahr ein «Arbeitsbüchlein». Es wird vom Chef und Buchhalter der Kolchose beglaubigt und gibt über Leistung und Einkommen des Trägers Auskunft.

Bisher hatten Arbeiter und Angestellte solche Büchlein. Die Sowjetunion geht damit einen Schritt weiter auf dem Weg zur Gleichschaltung der «Proletarien von Stadt und Land».

Die verkauft Braut

Vorfall beweist: Witze sind in Satellitenländern möglich und werden verstanden

Vor dem Theater in Pisek (Böhmen) hing kürzlich folgendes Plakat:

«Gala-Sondervorstellung:

Darsteller:

Die verkauft Braut ... Tschechoslowakei;

Kecal ... Antonin Novotny; die Truppe singt und tanzt nach der Pfeife von Kapellmeister N. S. Chruschtschew. Beginn: Februar 1948. Ende der Vorstellung: Bald.»

Fast die ganze Bevölkerung las das Plakat, bevor die Polizei es entfernte, berichtete ein tschechischer Flüchtling.

KUBA LASST SICH EINSPANNEN

Eine knappe Woche nach Mikojans Besuch, der eine 100-Millionen-Dollar-Anleihe und die Bestellung für 5 Millionen Tonnen Zucker mitbrachte, hat Kuba in der Uno einen unerwarteten Vorschlag unternommen.

Die Regierung Castro bewarb sich in einem Rundschreiben an alle Uno-Mitglieder um Argentiniens Sitz im Sicherheitsrat, der auf Ende Jahr frei wird. Eine Herausforderung an Chile, das seine Kandidatur angemeldet hatte. Moskau bleibt vorläufig im Hintergrund, obwohl Castro offensichtlich mit der Unterstützung des Sowjetblocks rechnet.

Eine Störkandidatur im Sicherheitsrat könnte der Sowjetunion ins Konzept passen, ebenso ein schwarzes Schaf in Lateinamerika mit gestärktem aussenpolitischem Prestige.

Die Unterstützung der Kandidatur Kubas würde auch politische Bindungen herstellen, welche die bereits erzielten

wirtschaftlichen Bindungen ergänzen.

Ein chilenischer Gewährsmann erklärte dem «klaren Blick», man sei vorläufig eher geneigt, Kubas Vorschlag als grossartige Geste Castros aufzufassen. Natürlich werde die Sache in der Lateinamerika - Gruppe noch ausgeknobelt werden, sagte er. «Aber bis zur nächsten Uno-Session ist es noch mehr als ein halbes Jahr. Wer weißt, ob das Regime Castro im kommenden September noch im Sattel ist?» fragte der Gewährsmann.

Dieser Gedankengang liegt auch hinter der Zurückhaltung der US-Regierung gegenüber der antiamerikanischen Hetze (in Wort und Tat) des Castro-Reimes.

DER KLARE BLICK

2. März 1960

Ein Problem, das die Demokratie beeindruckt, stellt sich in wenigen Wochen auf Formosa. Am 20. Mai endet die zweite sechsjährige Amtsperiode des Präsidenten Nationalchinas, Tschiang Kai-schek. Die auf Formosa gültige Verfassung der Republik China sieht für den Präsidenten eine höchste Amtsdauer von zweimal sechs Jahren vor. Demzufolge müsste Tschiang seinen Rücktritt nehmen. Am 23. Dezember 1958 verkündete er, dass er keine Absicht habe, die Verfassung zu ändern — was dahin ausgelegt wurde, er stelle sich nicht zur Wiederwahl. Nur fiel auf, dass die Zeitungen auf Formosa diese Erklärung nicht abdruckten, nachdem sie sonst die Erklärungen des Staatschefs stets wörtlich bringen. Seither haben sich weder Tschiang Kai-schek noch seine Regierung je wieder zu dem Problem geäußert. Gewisse Kreise vermuten, eine dritte Amtsperiode lasse sich im Hinblick auf den Konfliktzustand und die Ausnahmegesetze rechtfertigen. Eine Verfassungsänderung ist rein rechtlich unmöglich: Die

Unser Memo

chinesische Nationalversammlung, der allein das Recht zusteht, zählte seinerzeit über 3000 Mitglieder, und eine Verfassungsänderung benötigt eine Dreiviertelmehrheit. Auf Formosa befinden sich rund 1500 Mitglieder, und ihre Amtszeit ist seit 1954 abgelaufen. Kann eine Nationalversammlung Formosas oder sonst jemand somit die Verfassung der chinesischen Republik ändern? Die Frage ist hochwichtig. Nicht nur für Nationalchina und seine nach zwölf Jahren Diktatur auf Formosa noch immer theoretisch demokratische Verfassung, sondern für die Demokratie allgemein, und für die Demokratien im besondern, die das Regime Tschiang Kai-scheks seit Jahren stützen. Entweder kann sich Nationalchina auf Formosa ohne Tschiang Kai-schek weiter halten, ohne Militärrevoalte, Uebergabe an die Kommunisten oder vollständigen Rückfall in eine extreme Unterdrückung durch einen Kuomintang-Diktator; dann wäre ein Anzeichen vorhanden, dass positive Kräfte vorhanden sind. Oder der Weggang Tschiang Kai-scheks bedeutet das Auseinanderflattern aller Elemente auf der Insel; dann würde das beweisen, dass die Vereinigten Staaten bisher den Hofstaat und die Diktatur eines Mannes gestützt haben. Diese Antwort wird erst deutlich, wenn sich der Marschall zurückzieht. Und auf diese Antwort hat die freie Welt nachgerade ein Recht.

Curriculum der Woche

HENDRIK FRENDSCH VERWOERD

Premier Südafrikas seit 1958. Geboren 8. September 1901, Amsterdam (Vater Missionar), 1902 nach Südafrika. Schulen Wynberg b. Kapstadt, Südrhodesien, Universität Stellenbosch, 1921 Abschluss Psych. und Phil., bis 1927 Forschungsarbeit über Gedankenvorgänge, auch Hamburg, Leipzig, Berlin, die USA. Mitglied Komitees für Wohnungsfrauen, Arbeitslosigkeit (1932—33), Farbige (1936). Rechtsextrem, führt Protest kleiner Gruppe Professoren 1936 gegen Aufnahme jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland. 1937 Chefred. «Die Transvaler», feiert jeden deutschen Sieg bis 1945. Prozessiert gegen Journalisten, der sagt: «Verwoerds geistige Heimat ist Berchtesgaden», verliert. Verfasser, Versuch republ. Verfassung 1942. 1947 boykottiert in Zeitung Besuch englische Königsfamilie. 1950—58 Minister, Eingeborenenfragen. Verbietet Negern Besuch 5000 prot. Missionsschulen und weißer Kirchen. Aber verbessert Bedingungen in Eingeborenenvierteln. Fanatiker der Apartheid: Neger aus weißen Regionen entfernen, Sondergebiete, wo sie unter eingeschränkten Rechten leben.



Man geht ins Kino — Kommentar überflüssig.

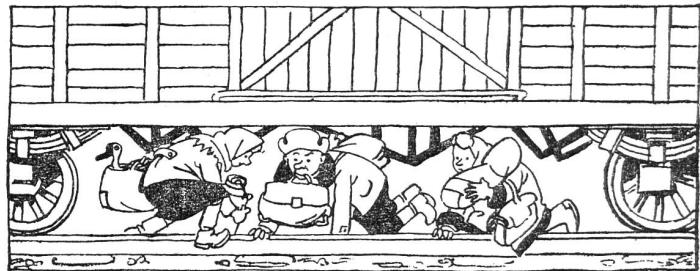
Turkmenskaja Iskra.



Das sowjetische System kennt erst seit kurzem die Auseinandersetzung zwischen einem beweglichen, nach Komfort verlangenden Publikum und den diesem Publikum dienenden Einrichtungen der öffentlichen Dienste. Lange Jahre hindurch — während im Westen Taxis, Autobusse und Vorortsbahnen immer mehr auf Komfort, pünktliche Bedienung und auch auf die ständigen Reklamationen des Publikums achteten, fühlte man sich bei einem Besuch hinter dem Eisernen Vorhang um vierzig Jahre zurückversetzt. Taxis gab es praktisch keine. Strassenbahnen und Busbetriebe waren langsam, bis vor wenigen Jahren hoffnungslos veraltet und oft schmutzig, von den Eisenbahnen gar nicht zu reden. Das alles ändert sich jetzt — langsam zwar, aber unaufhaltsam. Das russische Publikum ist nicht mehr die stoische Masse von ehedem. Die jungen Leute wollen nicht nur zerfetzt, verdrückt und mit blauen Flecken aus dem Bus steigen, und selbst die einfache Frau mit Kopftuch möchte an ihrem Bahnhof nicht mehr unter den Güterwagen durch ihren Zug erreichen können. Auf sowjetischen Bahnhöfen stehen nämlich mehr Güter- als Personenzüge — bis vor kurzem reiste die Mehrzahl der einfachen Sowjetbürger in Bummelzügen im Güterwagen — und man kann nicht durch einen stationierenden Zug hindurchsteigen. Unterführungen aber sind ein Luxus der ganz grossen Bahnhöfe. Bei jeder Zugsab-

WAS IST LUXUS, WAS IST ALLTAG

fahrt und bei jeder Zugsankunft kriecht das Reisepublikum zwischen stationierten Zügen, unter den Wagen durch. Dass es nicht mehr Unfälle gibt, ist nur der Tatsache zuzuschreiben, dass die Sowjetreisenden aus der Provinz anscheinend einen sechsten Sinn entwickelt haben, der sie daran hindert, unter einen Zug zu kriechen, der gerade abfährt. Und dass das Zugpersonal hin und wieder einen Blick unter die Wagen wirft.



Mit einer Unterführung ginge es besser.

Sovjetskaja Bjelorussija.